

Pressemitteilung 08/2023

München, 19. Oktober 2023

Gemeindetag fordert Umsteuern in der Bundes- und Landespolitik

Brandl: „Endlich mehr Realitätssinn, was Leistungsfähigkeit und Umsetzbarkeit politischer Ziele angeht!“

Auf der KOMMUNALE 2023, der größten Fachmesse für Kommunalbedarf in Nürnberg, die gestern zusammen mit einem großen Fachkongress des Bayerischen Gemeindetags eröffnete wurde, sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl:

„Regelmäßig betonen alle Parteivertreter, dass die Gemeinden und Städte das Fundament des Freistaats sind und ohne sie ein funktionierender Staat gar nicht möglich wäre. Diesem Lob steht allerdings oftmals die Lebenswirklichkeit gegenüber. Der bayerische Gesetzgeber und auch die Bayerische Staatsregierung behandeln die bayerischen Kommunen in weiten Bereichen stiefmütterlich und bevormundend. Der Bayerische Gemeindetag als größter Kommunalverband im Freistaat stellt seit Jahren eine zunehmende Einschränkung des gemeindlichen Selbstverwaltungsrechts fest. Vermehrt und massiv wird in gemeindliche Hoheitsrechte, wie die Planungs- oder Finanzhoheit eingegriffen. Da werden neue Privilegierungstatbestände im Bauplanungsrecht geschaffen, Einnahmemöglichkeiten abgeschafft oder die Erhebung von Gemeindesteuern gar komplett verhindert. Das Ansuchen um höhere Förderbeträge gleicht oftmals einem unwürdigem Bettelgeschäft.

Gleichzeitig kämpfen wir Gemeinden und Städte mit einer Flut zusätzlicher Aufgaben, die uns der Staat aufbürdet. Wenn der Markt versagt, werden wir oft als „Ausfallbürgen“ in die Pflicht genommen. Ich darf nur auf die Themen Ladeinfrastruktur für E-Autos, das Stopfen von Mobilfunklöchern im ländlichen Bereich oder den Bereich der Hausärzte oder der Pflege verweisen.

Für uns alle, vom „großen“ Staat bis hinein in die Familie stehen wir alle vor gewaltigen Herausforderungen. Das Gute: Bayerns Gemeinden, Märkte und Städte stellen sich diesen Herausforderungen. Ja, sie werden Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen vornehmen. Ja, sie werden bei der beschleunigten Energiewende mitwirken. Ja, sie werden von der Integration von Flüchtlingen bis hin zur Umsetzung des Ganztagsbetreuungsanspruchs für Grundschul Kinder ihrer sozialen Verantwortung gerecht werden. Ja, sie werden weiter in gemeindliche Infrastruktur investieren und ihre Verwaltungen digitalisieren.



Pressemitteilung 08/2023

München, 19. Oktober 2023

Das alles wird aber nur gelingen, wenn es mit den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort passiert. Denn sonst wird es Enttäuschungen über nicht erreichte, aber propagierte hehre Ziele geben und damit die Politikverdrossenheit und der Ruf nach „angeblich“ einfachen Lösungen zunehmen.

Wir Gemeinden und Städte brauchen die notwendigen rechtlichen Instrumente, um all´ das gerade Gesagte bewirken zu können. Und vor allem: wir brauchen die entsprechende Finanzausstattung. Sonst werden wir auf halbem Wege stehen bleiben.

Es ist kein Wunder, dass an den politischen Rändern sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene, ja, auch auf kommunaler Ebene, Zuwächse zu verzeichnen sind. Die demokratischen Parteien der Mitte, die Abgeordneten im Bayerischen Landtag und die neue Bayerische Staatsregierung müssen diese Entwicklungen erkennen und darauf reagieren. Es wird nicht damit getan sein, auf echte oder vermeintliche „Populisten“ einzuschlagen und damit letztlich deren Wählerinnen und Wähler zu irritieren.

Die Wahrheit ist: Ein massives Umsteuern in der Bundes- und Landespolitik ist erforderlich! Wir brauchen mehr Realitätssinn in Bezug auf die staatliche Leistungsfähigkeit und Umsetzbarkeit politischer Ziele. Und es braucht den Mut, dies den Leuten auch zu sagen. Die Leute sind es längst leid, dass ihnen nur nach dem Mund geredet wird. Sie sind bereit für unbequeme Wahrheiten. Das wird viel mehr honoriert als jede Schöntuerei.“

Für Rückfragen steht Ihnen gerne zur Verfügung:

Wilfried Schober, Pressesprecher des Bayerischen Gemeindetags,
Tel 089 360009 - 30, E-Mail: wilfried.schober@bay-gemeindetag.de
Homepage: www.bay-gemeindetag.de

Der Bayerische Gemeindetag

ist der Sprecher von 2.031 kreisangehörigen Gemeinden, Märkten und Städten. Gegenüber dem Bayerischen Landtag, der Bayerischen Staatsregierung und anderen Institutionen vertritt er kraft Verfassung die kommunalen Interessen. Der Verband berät seine Mitglieder umfassend und ist über den Deutschen Städte- und Gemeindebund auf der Bundesebene sowie über das Europabüro der bayerischen Kommunen in Brüssel präsent.

